

## Indien

| Einwohner:     | Religionszugehörigkeit: |      |
|----------------|-------------------------|------|
| 1,2 Milliarden | Hindus                  | 81 % |
|                | Muslime                 | 13 % |
|                | Christen                | 2 %  |
|                | Sonstige                | 4 %  |



### Zunehmende Gewalt gegen religiöse Minderheiten

Seit dem Jahr 2014 hat in Teilen Indiens die Gewalt gegen religiöse Minderheiten deutlich zugenommen. Damals konnte die hindu-nationalistische Indische Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) bei den nationalen Parlamentswahlen die absolute Mehrheit gewinnen. Ihr Spitzenkandidat Narendra Modi wurde am 26. Mai 2014 als neuer indischer Premierminister vereidigt. Dieser politische Sieg ist zurückzuführen auf deutlich stärker gewordene hindu-nationalistische Strömungen in der Gesellschaft. Hindu-nationalistisches Gedankengut hat an Popularität gewonnen. Zugenommen hat damit aber auch die Intoleranz gegenüber ethnischen und vor allem religiösen Minderheiten. Das Spektrum der Gewalt reicht von Zwangskonversionen über Zwangsehen christlicher und muslimischer Mädchen mit Hindus bis hin zu gewalttätigen Übergriffen mit Toten und Verletzten. Auch von Überfällen auf Gottesdienste und Zerstörungen von Kirchen, Moscheen und Gebetsstätten wird häufiger berichtet. Muslime werden beschuldigt, Kühe geschlachtet zu haben, die den Hindus heilig sind. Den Christen wird von nationalistischen Hasspredigern vorgeworfen, Agenten des Westens zu sein. Die Täter bleiben oft straffrei, weil ihre Gewaltakte strafrechtlich nicht verfolgt werden, denn Polizei und Justiz sind mancherorts parteiisch.

### Hindu-Nationalismus

In den 1920er Jahren entstand die Idee, aus Indien ein heiliges Land der Hindus zu machen, ein „Reich der Hindus“ (Hindu Rashtra), unter der Leitlinie: „Eine Nation, eine Kultur, eine Religion“. Einer der führenden Ideologen war Vinayak Damodar Savarkar, der 1923 ein Buch veröffentlichte unter dem Titel „Hindutva: Wer ist ein Hindu?“ Hindutva heißt so viel wie Hindutum und meint eine einheitliche Hindu-Kultur. Hindutva ist eine religiös-politische Ideologie und darf nicht mit der vielfältigen Religion des Hinduismus verwechselt werden.

Die Hindutva-Ideologie stellt eine Gegenbewegung gegen das Konzept eines säkularen und pluralistischen Staates dar, wie es in der indischen Verfassung verankert ist. 1925 wurde die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, Nationaler Freiwilligenverband) gegründet, in der es anfangs vor allem um die hinduistische Kultur ging, aber mit der klaren politischen Zielsetzung, einen starken hinduistischen Staat zu schaffen. Heute zählen die Ausbildung von Führungskräften innerhalb der Gesamtbewegung und die Schulung von Politikern zu den Hauptaufgaben des RSS. Auf Initiative des RSS wurde 1964 der Vishva Hindu Parishad (VHP, Weltrat der Hindus) gegründet. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Organisationen, Gruppen und Initiativen innerhalb der Bewegung des Hindu-Nationalismus. Sie alle werden unter dem Oberbegriff Sangh Parivar (Familie der Hindus) zusammengefasst.

Die Bharatiya Janata Party (BJP, Indische Volkspartei), die 1980 aus dem bereits 1951 gegründeten Bharatiya Jana Sangh (BJS, Indische Volksvereinigung) hervorgegangen ist, vertritt als inzwischen national und regional einflussreiche politische Partei das Gedankengut der Hindutva. Anfang 2018 regierte die BJP in 18 von 29 indischen Bundesstaaten bzw. war Regierungspartner.

### **Religionsgemeinschaften in Indien**

Entgegen den Vorstellungen der Hindutva-Ideologie stellt Indien ein ausgesprochen vielfältiges Land dar. Mit rund 1,2 Milliarden Einwohnern ist es die größte Demokratie der Welt. Indien ist ein Vielvölkerstaat, in dem weit mehr als einhundert Sprachen gesprochen werden.

Rund 80 Prozent aller Inder haben den Hinduismus als Religion. Der Anteil der Muslime liegt bei etwa 13 Prozent. Die Christen bilden nur eine kleine Minderheit von etwa zwei Prozent. Unter den etwa 28 Millionen Christen sind rund 20 Millionen Katholiken. Mehr als die Hälfte der indischen Christen gehören zu den Dalits, den oft diskriminierten Angehörigen der untersten Kasten. Eine weitere große Gruppe gehört zur indigenen Bevölkerung, den Adivasi.

### **Kastenwesen in Indien**

Obwohl das Kastenwesen in Indien offiziell abgeschafft ist, spielt es in der Gesellschaft nach wie vor eine große Rolle. Die Dalits werden bis heute

von den höheren Kasten verachtet, diskriminiert und ausgebeutet. Deswegen zählen die rund 200 Millionen Dalits in Indien zu den Ärmsten der Armen. Wenn sie sich zum Christentum bekehren, erleben sie in der neuen Gemeinschaft oft erstmals Anerkennung und Würde ihrer Person. Fatal ist dabei allerdings, dass staatliche Förderprogramme für die untersten Kasten und gesetzliche Dalit-Quoten in Behörden, Schulen und Universitäten nur für hinduistische Dalits gelten, aber nicht für zum Beispiel christliche oder muslimische Dalits.

### **Religionsfreiheit laut Verfassung**

Artikel 25 der indischen Verfassung definiert das Recht der Religionsfreiheit: „Unter Beachtung der öffentlichen Ordnung, der Moral und der Gesundheit und der anderen Bestimmungen dieses Teils [der Verfassung] haben alle Personen das gleiche Recht auf die Freiheit des Gewissens und darauf, Religion in Freiheit zu bekennen, zu praktizieren und zu verbreiten.“

In der Präambel der Verfassung wird Indien als säkulare und demokratische Republik bezeichnet. Danach soll es also keine vom Staat privilegierte Religion geben. Vielmehr soll sich der Staat neutral gegenüber den Religionen verhalten und sie alle als gleichberechtigt ansehen.

Nach Ansicht der Hindu-Nationalisten gebührt dem Hinduismus dagegen eine Vorrangstellung gegenüber allen anderen Religionen. Aus ihrer Sicht gehören zur indischen Kultur nur die in Indien selbst entstandenen Religionen: vor allem der Hinduismus, aber auch der Buddhismus, die Sikh-Religion und der Jainismus. Das sieht übrigens auch die Verfassung Indiens so, wenn in einer Zusatzklärung zum Artikel 25 Anhänger dieser drei Religionen in den Oberbegriff „Hindus“ eingeschlossen werden. Religionen, die ihren Ursprungsort außerhalb Indiens haben, vor allem der Islam und das Christentum, gelten aus Sicht der Hindu-Nationalisten als „Fremdreligionen“, für die – zumindest nach Ansicht der radikalen Vertreter – in Indien kein Platz ist.

Unter Rücksichtnahme auf die Hindus fordert Artikel 48 der indischen Verfassung den Staat dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, das Schlachten von

Kühen und Kälbern zu unterbinden. Die Kuh ist für die Hindus ein heiliges Tier, für Muslime und Christen dagegen ist sie ein Nutztier.

Durch den rasanten Aufschwung der Hindutva-Ideologie hat in den letzten Jahren das Ausmaß der Diskriminierung von religiösen Minderheiten, bis hin zu gewalttätigen Übergriffen, deutlich zugenommen und damit auch die Zahl der Verstöße gegen die Religionsfreiheit und gegen zentrale Paragraphen der indischen Verfassung.

### **Antikonversionsgesetze**

Obwohl die indische Verfassung Religionsfreiheit garantiert, die auch das Recht zum Religionswechsel und zur Missionierung einschließt, gelten in einigen Bundesstaaten sogenannte Antikonversionsgesetze, die auf Betreiben hindu-nationalistischer Kreise eingeführt wurden. Danach ist ein Religionswechsel vom Hinduismus hin zu einer anderen Religion nur dann erlaubt, wenn zuvor eine Genehmigung von der zuständigen staatlichen Behörde eingeholt wurde. Vorgeblich sollen Hindus durch solche Gesetze vor unlauteren Missionierungsversuchen geschützt werden, vor Bekehrungsversuchen unter Anwendung von Gewalt, Betrug oder unzulässigen Anreizen. Tatsächlich aber erschweren solche Gesetze den Religionswechsel oder machen ihn ganz unmöglich, abhängig von den Entscheidungen der zuständigen Behörden. Die Antikonversionsgesetze bedrohen jeden Nicht-Hindu, der auf irgendeine Weise für seine Religion wirbt. Für „unerlaubte Bekehrungsversuche“ werden Gefängnisstrafen verhängt von drei bis fünf Jahren sowie hohe Geldbußen.

Durch solche Antikonversionsgesetze wird also das Recht des einzelnen Bürgers verletzt, selbst über seine Religionszugehörigkeit frei entscheiden zu können. Diskriminierend ist darüber hinaus die Bestimmung in einigen dieser Gesetze, dass Rück-Bekehrungen zum Hinduismus von der Genehmigungspflicht ausgenommen sind.

### **Rückbekehrungs-Zeremonien**

In manchen Gegenden Indiens ist es wiederholt zu sogenannten Rückbekehrungs- oder „Heimkehr“-Zeremonien gekommen. Bei diesen von hindu-

nationalistischen Kreisen organisierten Veranstaltungen werden größere Gruppen von Muslimen oder Christen teilweise unter erheblichem Druck dazu genötigt, zur Hindu-Religion zu konvertieren. Aus Sicht der Hindu-Nationalisten sind die Muslime und Christen in Indien in Wirklichkeit Hindus. Sie oder zumindest ihre Vorfahren hätten sich unter dem Zwang muslimischer Eroberer oder verführt von christlichen Missionaren vom Hinduismus abgewendet und müssten nun gleichsam wieder „heimgeholt“ werden. Manchmal erfolgen solche Aktionen in abgelegenen Gebieten, wo die betroffenen christlichen oder muslimischen Gemeinschaften als Minderheit wenig Schutz von außen erfahren und leicht unter Druck zu setzen sind. Auch handelt es sich oft um Angehörige der unteren Kasten oder um Kastenlose, die den Hinduismus verlassen und sich dem Christentum oder einer anderen Religion zugewandt hatten. Hindu-Nationalisten behaupten, seit 2014 mehr als 30 000 Menschen zum Hinduismus „heimgeführt“ zu haben.

### **Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei Jahre dargestellt.

März 2016: Zum Abschluss ihrer Vollversammlung teilte die indische katholische Bischofskonferenz in Neu-Delhi ihre Absicht mit, in den folgenden zwei Jahren ihren Einsatz für Arme und Ausgegrenzte zu verstärken. Vor allem für Frauen, Adivasi und Dalits wolle sie sich schwerpunktmäßig einsetzen. Die Bischöfe appellierten an die indische Regierung, christliche Dalits mit hinduistischen Dalits gleichzustellen. „Indien enthält christlichen Dalits Rechte und gewisse Vorrechte nur deshalb vor, weil sie Christen sind“, beklagte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Baselios Cleemis Thottunkal. Die Bischöfe äußerten auch ihre Sorge über wachsende Intoleranz und einen zunehmenden religiösen Fanatismus und Fundamentalismus in Indien.

Juli 2016: Der indische Bundesstaat Bihar, im Nordosten an der Grenze zu Nepal gelegen, erließ im April 2016 ein komplettes Alkoholverbot. Im Juli



*Christliche Dalits in der Diözese Raigarh erhalten katechetischen Unterricht.*

2016 wurde von der Regionalregierung klargestellt, dass dieses Verbot auch für den Messwein gelte, den die katholische Kirche üblicherweise in ihren Gottesdiensten verwendet. Der Bundesstaat Bihar hat rund 104 Millionen Einwohner. Die meisten von ihnen sind Hindus, der Anteil der Muslime liegt bei rund 17 Prozent. Christen sind dort eine verschwindend kleine Minderheit.

August 2016: Am 25. August begingen katholische Christen einen Gedenktag („Kandhamal Day“) für die Opfer der christenfeindlichen Ausschreitungen im Bezirk Kandhamal im Bundesstaat Orissa (heute Odisha genannt), die im August 2008 begannen. Damals hatten radikale Hindu-Gruppen rund fünftausend Häuser von Christen in etwa 400 Dörfern niedergebrannt oder geplündert und annähernd 300 Kirchen zerstört. Fast 100 Christen wurden dabei getötet, über fünfzigtausend Christen wurden von den Hindu-Fanatikern vertrieben. Nur sehr wenige Täter wurden bislang für ihre Taten gerichtlich verurteilt. Auslöser für die Gewaltwelle, die sich über mehrere Monate hinzog, war ein Gerücht, Christen hätten einen Hindu-Führer getötet.

Januar 2017: Das Oberste Gericht Indiens entschied sich gegen ein landesweites Schlachtverbot für Kühe. Das sei vielmehr Sache der einzelnen Bundesstaaten. Befürworter eines Schlachtverbots hatten eine entsprechende Petition eingereicht. Die Kuh gilt den Hindus als heiliges Tier. Acht der 29 indischen Bundesstaaten erlauben jedoch die Schlachtung von Rindern und den Verzehr von Rindfleisch. Radikale Hindus wehren sich dagegen und gehen in Selbstjustiz gegen Muslime und Christen vor, die Kühe schlachten, Rindfleisch kaufen oder verzehren. Gau Rakshaks, „Kuhrächer“, werden sie genannt. Sie sind Teil der hindunationalistischen Bewegung in Indien.

Juni 2017: Ende Mai 2017 erließ die indische Regierung ein landesweites Verbot des Handels mit Kühen als Schlachtvieh. Das löste Proteste religiöser Minderheiten aus. Der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz, Bischof Theodore Mascarenhas, sprach gegenüber der Nachrichtenagentur Ucanews von einer „Verletzung der Menschenrechte“. Er befürchte „Morde und Lynchjustiz im Namen des Kuhschutzes“. Der „Weltrat der Hindus“ hatte nach dem Handelsverbot gegenüber

indischen Medien angekündigt, jedem, der weiter mit Kühen handle, die „Kehle durchzuschneiden“. In der Vergangenheit war es immer wieder zu Morden hauptsächlich an Muslimen gekommen, die Rindfleisch gekauft hatten. Für Muslime und Christen, die rund 20 Prozent der indischen Bevölkerung ausmachen, ist Rindfleisch ein wichtiges Nahrungsmittel. Da Kühe für Hindus heilige Tiere sind, die nicht getötet werden dürfen, ist die Schlacht- und Lederindustrie in Indien fast vollständig in der Hand von Muslimen. Indien ist einer der größten Exporteure von Rindfleisch weltweit. Ein vollständiges, landesweites Schlachtverbot für Kühe würde in Indien Millionen von Arbeitsplätzen vernichten. Einige Wochen später, im Juli 2017, wurde das Handelsverbot für Kühe als Schlachtvieh vom höchsten Gericht in Indien wieder aufgehoben (zunächst für drei Monate).

Juli 2017: Mit Ram Nath Kovind wurde zum zweiten Mal in der Geschichte Indiens ein Dalit, ein Angehöriger der untersten Kaste, zum Präsidenten gewählt. Kovind war von der Regierungspartei BJP als Kandidat für die Wahl nominiert worden. Seine Wahl galt von vornherein als sicher, da die BJP fast zwei Drittel der knapp 4900 Wahlmänner stellte. Die Amtszeit des indischen Präsidenten beträgt fünf Jahre. Als Staatsoberhaupt hat er vor allem repräsentative Aufgaben. Die politische Macht liegt beim Premierminister. Kovind ist ein Verfechter des Hindu-Nationalismus. Schon in jungen Jahren wurde er Mitglied im Nationalen Freiwilligenverband RSS. Als Gouverneur im Bundesstaat Bihar bezeichnete Kovind vor einigen Jahren das Christentum und den Islam als „wesensfremd“ für Indien. Der RSS und andere hindunationalistische Organisationen sind verantwortlich für ein gesellschaftliches Klima, in dem es immer häufiger zu Gewaltaktionen radikaler Hindus gegen Christen und Muslime kommt.

August 2017: In einer Rede zum 70. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens rief Premierminister Narendra Modi seine Landsleute dazu auf, religiös motivierte Gewalt zu beenden. Diese richte sich oft gegen religiöse Minderheiten und Angehörige der niederen Kasten. „Wir werden Gewalt im Namen der Religion nicht dulden“, so Modi.

Januar 2018: Die indische katholische Bischofskonferenz warnte in einer Stellungnahme vor dem erklärten Ziel der Hindu-Nationalisten, die säkulare indische Verfassung zu ändern. Ein Minister aus dem Kabinett von Pre-

mierminister Narendra Modi hatte im Dezember entsprechende Ideen veröffentlicht.

Februar 2018: In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) beklagte der Generalsekretär der indischen katholischen Bischofskonferenz, Bischof Theodore Mascarenhas, ein zunehmend raueres gesellschaftliches Klima für Christen in Indien. Es gebe regelrechte Hasskampagnen gegenüber Christen, so der Bischof: „Da wird uns etwa vorgeworfen, wir wollten alle Hindus missionieren oder wir seien eine Gefahr für die Hindu-Mehrheit. Und diese Kampagnen – mit Facebook-Aufrufen und immer mehr gewalttätigen Übergriffen – macht vielen Christen Angst.“

Februar 2018: Der asiatische Pressedienst Ucanews meldete unter Berufung auf die ökumenische Organisation Persecution Relief eine Verdoppelung der Angriffe auf Christen im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr. Für 2017 seien 736 Vorfälle dokumentiert worden, im Vergleich zu 348 Gewaltakten in 2016. Auslöser dieser Gewaltwelle sei eine zunehmende Verunglimpfung der Christen als „Feinde des Staates“ durch Hindu-Nationalisten. Christen würden bei der Polizei angezeigt wegen angeblicher Intoleranz, wegen diskriminierenden Verhaltens oder der Entweihung heiliger Stätten. „Christen schwerer Verbrechen zu beschuldigen, ist der neue Trend“, wurde der Gründer von Persecution Relief, Shibu Thomas, zitiert. Fälle von Christenverfolgung seien aus 24 der insgesamt 29 indischen Bundesstaaten gemeldet worden.

Februar 2018: Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) berichtete von einer wachsenden Bedrohung für Christen und Muslime in Indien. „Hindu-Extremisten gehen immer dreister gegen religiöse Minderheiten vor. Sie können sich sicher sein, dass sie meist straffrei bleiben. Denn Indiens hindu-nationalistische BJP-Regierung distanziert sich nur halbherzig von der Gewalt, die Politiker ihrer eigenen Partei anheizen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius. Nach Angaben der GfbV lag die Zahl der von der indischen Regierung registrierten religiös motivierten Gewalttaten gegen Muslime, Christen und andere Religionsgruppen im Jahr 2016 bei 703, im Jahr 2017 dagegen bei 822. In 2017 seien dabei 111 Menschen getötet und 2384 Personen verletzt worden.

März 2018: Der Erzbischof von Mumbai, Oswald Kardinal Gracias, traf sich mit Ministerpräsident Narendra Modi zu einem Gespräch über religionspolitische Fragen. Dabei forderte er den Regierungschef Indiens dazu auf, entschlossen etwas gegen die Gewalt gegen religiöse Minderheiten zu tun. Derartige Übergriffe seien gegen das Gesetz und schädigten Indien, sagte der Erzbischof nach Angaben des römischen Pressedienstes Fides. Modi habe dem Kardinal versichert, dass das „Wohlergehen der Menschen und die Bekämpfung der Armut“ oberste Priorität der Regierung seien. Er sei „Premier aller Inder, ungeachtet der Kaste und des Glaubens“. Kardinal Gracias war im Februar 2018 zum Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz gewählt worden, nachdem er dieses Amt schon von 2011 bis 2014 innehatte.

### **Quellen**

- *Agencia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Human Rights Watch*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Union of Catholic Asian News (UCAN)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*